

**Niederschrift**  
**über die**  
**51. Sitzung des Integrationsbeirates**  
**am 14.02.2025**  
**im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

**Beginn:**      **16:05 Uhr**  
**Ende:**        **19:05 Uhr**

**Stimmberechtigte Mitglieder:**

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau <b>Arndt-Grundei</b> , Anja	X		
2	Herr Prof. Dr. <b>Brunnbauer</b> , Ulf		X	
3	Herr <b>Cetinkaya</b> , Nurdoğan	X		
4	Frau <b>Rist-Kaip</b> , Tünde	X		
5	Herr <b>Fonseca Santovito</b> , Rogerio			X
6	Frau <b>Funk</b> , Erika Eva	X ab 16.16 Uhr		
7	Frau <b>Hanifah</b> , Mumtaz	X ab 16:17 Uhr		
8	Frau <b>Jackiewicz</b> , Jolanta			X
9	Frau <b>Lang</b> , Julia	X		
10	Herr Dr. <b>Màrtón</b> , Mihai-Paul		X	
11	Herr <b>Paquay Rovira</b> , Pedro	X		
12	Frau <b>Pelties</b> , Marta	X		
13	Herr <b>Sarik</b> , Haritun	X		
14	Herr <b>Sbirkov</b> , Ivan	X ab 16.16 Uhr		
15	Frau <b>Schwarz</b> , Stephanie	X		
16	Frau <b>Shahedi</b> , Monir		X	
17	Herr <b>Sirreah</b> , Bassel	X ab 16:08 Uhr		
18	Frau <b>Stabnau</b> , Hae-Gyung	X		
19	Frau <b>Stupavsky</b> , Anna	X		
20	Frau <b>Torreblanca Cruz</b> , Mariana	X		
21	Frau <b>Wudtke</b> , Valentina	X		
		16	3	2

## Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: <b>Dechant</b> , Bernadette (Stellvertretung: <b>Tahedl</b> , Erich)		<b>(X) Frau Dechant</b> <b>(X) Herr Tahedl</b>
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: <b>Gaittet</b> , Daniel (Stellvertretung: <b>Eberlein</b> , Theresa)	<b>(X) Frau Eberlein</b>	<b>(X) Herr Gaittet</b>
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: <b>Wolbergs</b> , Joachim (Stellvertretung: <b>Zierer</b> , Ernst)		
4	Für die SPD-Fraktion: <b>Irmisch</b> , Alexander (Stellvertretung: <b>Kolbe-Stockert</b> , Evelyn)	<b>(X) Herr Irmisch</b> <b>(X) Frau Kolbe-Stockert</b>	
5	Für die ÖDP-Fraktion: <b>Graf</b> , Joachim	<b>(X) Herr Graf</b>	
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: <b>Radler</b> , Kerstin		<b>(X) Frau Radler</b>

## Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	von <b>Seiche</b> , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: <b>Koller</b> , Dr. Doris)	<b>(X) Frau Forstner</b>	
2	<b>Hanusa</b> , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: <b>Simek</b> , Ludwig)	<b>(X) Frau Hanusa</b>	
3	<b>Wiesmann</b> , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: <b>Streitberger</b> , Gotthold)	<b>(X) Herr Wiesmann</b>	
4	<b>Issakha</b> , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung Frau <b>Kidan</b> , Helen)	<b>(X) Frau Kidan</b>	
5	<b>Firat</b> , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)	<b>(X) Herr Firat</b>	
6	Herr <b>Firat</b> Vahap (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung Herr <b>Güler</b> Hüseyin)	<b>(X) Herr Firat</b> <b>(X) Herr Güler</b>	
7	Frau Natalia <b>Jundt</b> (Ukrainisch-Bayerischer Verein Hromada Regensburg e.V.)		
8	<b>Maltz-Schwarzfischer</b> , Gertrud (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)	<b>(X) Frau Maltz-Schwarzfischer</b>	

## Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Herr <b>Vernim</b> , Matthias (Amt für Integration und Migration)
2	Frau <b>Dirnberger</b> , Melanie (Amt für Integration und Migration)
3	Frau <b>Spanner</b> , Vera (Büro für Chancengleichheit)

Kompetenzzentrum für Sprache und Integration (KoSI)  
Institut für Bildung und Personalentwicklung  
am Bezirksklinikum Regensburg (IBP):

Nachname / Vorname
Frau <b>Kerl</b> , Pia
Frau <b>Borutta</b> , Carina
Herr Georg <b>von Ungern-Sternberg</b>

## **Top 1: Eröffnung der Sitzung und Bericht des Vorstands**

Berichterstattung: Vorsitzende

Frau Lang begrüßt alle zur ersten Sitzung in diesem Jahr und zum letzten gemeinsamen Jahr, bevor es wieder zu den Kommunalwahlen und zur Neuaufstellung des Integrationsbeirates komme. Sie wünscht allen, die sie noch nicht auf Veranstaltungen gesehen habe, ein frohes neues Jahr. Sie stellt mit 13 stimmberechtigten Anwesenden Beschlussfähigkeit fest.

Sie möchte gerne einige Personen begrüßen und einigen Personen danken. Man habe Frau Jackiewicz leider aus gesundheitlichen Gründen aus dem Integrationsbeirat verloren. Man wünsche ihr auf diesem Wege noch alles Gute, gute Besserung und eine gute Genesung. Des Weiteren verabschiede man sich von Herrn Fonseca Santovito, der sich aus privaten Gründen habe zurückziehen müssen, ebenso wie von Herrn Sirreah, der auch aus privaten, aber vor allen Dingen aus beruflichen Gründen nicht mehr zu den Sitzungen kommen könne.

Frau Lang freut sich, zwei neue Gesichter begrüßen zu dürfen, die von der Alevitischen Gemeinde geschickt worden seien und bittet darum, sich selbst kurz vorzustellen.

Herr Vahap Firat erklärt, dass er sich auch freue, dass man hier heute dabei sein dürfe. Er sei der Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde in Regensburg. Man sei seit ungefähr sieben Jahren in Regensburg, vorher in Neutraubling. Er hoffe, dass man hier heute auch einen Beitrag leisten könne.

16:08 Uhr Herr Sirreah kommt herein.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Firat, heißt die alevitische Gemeinde willkommen und sie betont, dass man sich auf eine gute Zusammenarbeit freue. Sie begrüßt Herrn Sirreah.

Frau Lang merkt an, dass die Protokolle aktuell in Bearbeitung seien. Sie bitte hierzu noch um etwas Geduld.

Sie bedankt sich auch bei den Vertretern des Kompetenzzentrums Sprache und Integration (KoSI) am Bezirksklinikum, die später berichten werden und Frau Spanner von der städtischen Antidiskriminierungsstelle, die heute Zeit gefunden haben, um informativ mitzuwirken.

Frau Lang erläutert, dass einige Veranstaltungen wahrgenommen worden seien, und über gibt das Wort an Frau Torreblanca Cruz.

Frau Torreblanca Cruz berichtet von der Eröffnung der Räumlichkeiten des Schreiberhauses in Stadtamhof. Dabei habe man das sanierte Denkmalschutzgebäude besichtigen können. Sie erklärt, dass sich alle Interessierten die Räume auf der Homepage<sup>1</sup> ansehen können.

Frau Torreblanca-Cruz berichtet weiter über die Demonstration in Regensburg am 2. Februar. Hier haben rund 20.000 Menschen an der Demonstration gegen rechts teilgenommen. Diese Demonstration in Regensburg sei Teil einer Reihe von Demonstrationen gegen rechts gewesen, die seit Wochen im Vorfeld der Bundestagswahl in Deutschland stattgefunden haben. Die Demonstration setzte sich gegen Rassismus, Diskriminierung und für eine offene und tolerante Gesellschaft ein. Die hohe Teilnehmerzahl der Demonstranten in Regensburg zeige, dass viele Menschen in Deutschland die Zunahme von rechtsextremen Tendenzen und die Normalisierung von rassistischen und diskriminierenden Äußerungen in der Gesellschaft nicht tatenlos hinnehmen wollen. Damit sei ein deutliches Zeichen für Vielfalt, Toleranz und ein respektvolles Miteinander gesetzt worden.

---

<sup>1</sup> <https://www.schreiberhaus-regensburg.de/>

Frau Lang berichtet, dass einige Veranstaltungen durchgeführt worden seien, unter anderem habe sie erst gestern zusammen mit Frau Arndt-Grundei und deren Kollegin an einer tollen Veranstaltungsreihe online teilgenommen, wo man auch eine Kooperation zugesagt habe. Es gehe darum, wie man zu einer Ausbildung kommen könne. Es seien um die 16 Teilnehmer angemeldet gewesen, jedoch seien leider nur zwei dabei gewesen. Über die zwei, die anwesend gewesen seien, habe sie sich aber sehr gefreut, da diese immer nachgefragt hätten und sich für die vielen Informationen bedankt haben. Aus diesem Grund sei es sehr wichtig noch einmal Werbung dafür zu machen. Frau Arndt-Grundei ergänzt, dass der nächste Termin der übernächste Donnerstag wäre und sie die neuen Termine auch nochmal über den Integrationsbeirat verschicken könne.

Frau Lang erläutert, dass sie des Weiteren im Austausch mit dem Verein SV Türk Genclik Regensburg gewesen sei. Dieser habe sie angeschrieben, mit der Sorge, dass sie aktuell keinen Platz bekommen können. Man habe sich lange darüber ausgetauscht und er habe mitgeteilt, dass ihm die Stadt bereits ein Angebot zugeschickt habe, weswegen sich das auch schon ein wenig erledigt habe. Nichtsdestotrotz habe man gesagt, dass man in Kontakt bleiben und sie auch unterstützen werde, falls es wieder Fragen diesbezüglich gebe.

Des Weiteren habe man auch ein paar Sachen zugesagt, wo man als Kooperationspartner mitmachen wolle. Deswegen wäre es schön, wenn einige sich die Termine noch einmal aufschreiben bzw. auch hingehen könnten. Herr Vernim habe die Termine auch verschickt.

Zur Veranstaltung „Mahlzeit! KoBe lädt zu Tisch“, am 26. Februar werde Frau Torreblanca Cruz gehen. Es könne noch eine weitere Person mitkommen, falls jemand Zeit habe.

Am 18. März sei die konstituierende Sitzung des Sicherheitsbeirates, hier werde sie hingehen. Man habe auch ein Positionspapier bzw. eine kleine Ideensammlung, was man zu diesem Thema Sicherheit in Regensburg leisten könne, erstellt und heute zugeschickt.

Zudem sei am 26. März eine Veranstaltung „Vielfalt, Sensibilität, Feste und Fasching feiern“, bei der der Integrationsbeirat Kooperationspartner ist. Falls jemand Zeit und Lust habe, würde Frau Lang sich sehr freuen.

Frau Lang kommt auf den gestrigen Angriff auf eine Demonstration in München zu sprechen. Sie kritisiert pauschale Verurteilungen in dem Zusammenhang. Sie selbst habe sich mit einem afghanischstämmigen Bürger unterhalten, der im Ankerzentrum arbeite. Dieser habe geäußert, dass seine Familie unter den pauschalen Verurteilungen leide. Sie wolle als Vorsitzende daran erinnern, dass man hier das Sprachrohr sei und schon sagen müsse, dass es nicht gehe, alle zu verurteilen. Wer diese Ansprache eines afghanischen Mädchens nach dem Attentat in Aschaffenburg gehört habe, da seien auch ihr die Tränen gekommen, als dieses kleine Mädchen mit acht Jahren gesagt habe, es habe Angst, dass sie alle hassen. Die meisten Menschen kämen an, um hier sicher zu leben, Frieden zu haben und einfach nur Menschen zu sein. Darauf solle man achten.

Frau Forstner erläutert, dass man sehr viele junge Menschen aus Afghanistan beim Ankommen in Regensburg begleitet habe. Sie sei gleichzeitig auch Mitglied der Gewerkschaft. Sie wolle wiedergeben, dass es auch von den Gewerkschaften mehrere Pressemitteilungen gegeben habe, wo betont worden sei, dass man nicht möchte, dass dies instrumentalisiert werde. Leider komme dies in den Medien nicht an, da Wahlkampf sei.

Herr Firat möchte noch darauf hinweisen, dass am Sonntag um 16 Uhr beim Gewerkschaftshaus ein Gedenken für die Kolleginnen und Kollegen, die Opfer und Verletzten, stattfinde. Das sei wichtig, denn desto mehr man sei, desto mehr könne man ein Zeichen setzen, auch gegen falschen Populismus.

Frau Lang bedankt sich und ergänzt, dass man an dieser Stelle allen nochmal gute Besse rung wünsche, dem kleinen Kind und deren Mutter und allen, die verletzt wurden und denen, die noch in Lebensgefahr schweben.

## **Top 2: Vorstellung Kompetenzzentrum Sprache und Integration (KoSI)**

Berichterstattung: Herr von Ungern-Sternberg, Frau Borutta und Frau Kerl (KoSI)

Herr Ungern-Sternberg erläutert, dass man einen Fachkräftemangel habe, sowohl pflegerisch als auch ärztlich. Natürlich wolle man die neurologische und psychiatrische Versorgung in der Region aufrechterhalten. Einen wichtigen Teil zur Integration der Fachkräfte aus anderen Ländern machen seine beiden Kolleginnen. Das Ziel sei, dass aus diesen Menschen „Medboianer“ werden, wie man bei ihnen sage.

Frau Kerl erklärt ihre Aufgabe als Integrationsmanagerin. Dies sei ein sehr weit gefasstes Feld. Es gehe von der Einreiseplanung und Haltung des Kontakts bis zur Ansprechpartnerin für sämtliche Fragen, sowohl beruflich als auch privat. Des Weiteren halte sie Workshops und betreue Kooperationspartner.

Frau Borutta erklärt, dass sie zusätzlich für die Sprachförderung zuständig sei. Sprache sei ein großes Thema bei der Integration. Sie helfe sowohl beim Spracherwerb als auch wenn es um die Anerkennung von Arbeitstiteln bzw. Abschlüssen gehe. Sie helfe auch bei der Verwirklichung eigener beruflicher und privater Ziele, damit die Menschen in Deutschland den Weg gehen können, den sie möchten und nicht sprachlich gehemmt seien.

Frau Kerl erläutert Details des Prozesses. Er beginnt, wenn Personen sich dafür interessieren, auszuwandern und bei ihnen arbeiten zu wollen. Dann prüfe man die Dokumente und unterstütze von da an im gesamten Prozess. Man halte Kontakt, die Kollegin helfe bei der Sprache, man helfe bei der Einreise und stelle am Anfang Wohnraum zur Verfügung. Dann gehe es auch um Anerkennungen und man habe verschiedene Kooperationen und Standbeine. Im Großen und Ganzen mache man alles, damit die Mitarbeitenden beruflich und privat ankommen und am Ende auch weiterkommen können. Manchmal müsse man die Leute bei bestimmten Anliegen weiterverweisen. Aber viel könne man tatsächlich auch selbst lösen. Es gehe um Fortbildung, Weiterbildung, Familiennachzug, Wiedereinstieg nach der Elternzeit und vieles mehr.

Frau Borutta erwähnt drei zentrale Hürden, bei denen man versuche zu helfen. Die erste sei die Bürokratie in Deutschland. Man biete automatisch an, alle Formulare mit auszufüllen und bei Bedarf Behördengänge zu begleiten. Ein weiteres großes Thema sei die Sprache. Unter anderem das Verständnis, wie gut jemand Deutsch spreche. Ganz oft komme dann „ja super, die kann ja kein Wort Deutsch“ über eine Person, die ein flüssiges B2-Level habe, was für die Anerkennung als Pflegefachperson in Deutschland tatsächlich ausreichend sei. Man betreibe sehr viel Aufklärungsarbeit, denn in Deutschland herrsche eine sehr elitäre Vorstellung darüber, wann Deutsch gut sei. Man versuche hier Brücken zu schlagen.

Die dritte große Herausforderung bei der Integration sei der Versorgungskontext. Gesundheitssysteme seien sehr kulturell geprägt. Die Aufgabenverteilungen seien international sehr unterschiedlich. Die körpernahen Tätigkeiten, wie sie auch in der Neurologie und Somatik zum Grundgeschäft der Pflegekräfte gehören, seien in vielen anderen Ländern Aufgabe der Angehörigen. Studierte Pflegekräfte müssten plötzlich das machen, was vorher die Familie erledigt habe. Hier gehören Kommunikation, Aufklärung und Verständnis vom Rollenbild dazu. Das gelte aber auch gegenüber dem einheimischen Personal: Es komme da eine hochqualifizierte Fachkraft, die vielleicht sprachlich noch Probleme habe, aber bereits über immenses Wissen verfüge. Das müsse kommuniziert werden.

Der Integrationsbeirat habe zum Umgang mit Rassismus und Diskriminierung gefragt. Bei KoSI sei klar, dass man nicht für Personengruppen sprechen könne, die eine Diskriminierungserfahrung gemacht haben. Oft gebe es Probleme im Kontakt mit Patienten. Die medbo habe einen psychiatrischen Schwerpunkt. Gerade hier könne es sein, dass aufgrund von psychischen Erkrankungen bestimmte Menschen- und Gesellschaftsbilder gelebt werden und das gerade für die Mitarbeitenden im Integrationsprozess eine Herausforderung sei.

Man bekomme bei 4.000 Mitarbeitern nicht alles mit; was man aber mitbekomme sei, dass die medbo sich dagegenstelle. Man habe unabhängige Beschwerdestellen vor Ort, man habe KoSI als Eingreifteam, der Personalrat platziere sich ganz klar gegen Rassismus und andere diskriminierende Vorfälle. Es gebe auch viel Aufklärungs- und Schulungsarbeit.

Der Beirat habe auch zur Erfolgsquote nachgefragt. Man habe nachgerechnet und die Erfolgsquote betrage aktuell 94 Prozent. Bei ca. 50 Anerkennungsverfahren gab es zwei Verfahren, die auf persönlichen Wunsch der Beteiligten nicht abgeschlossen worden seien. So eine Anerkennung stehe auf dem sog. Defizitbescheid mit einer Dauer von sechs Monaten, realistisch gesehen brauchen aber viele länger, und diese Zeit bekommen die Menschen von der medbo auch. Man rechne mit einem Jahr, eineinhalb Minimum.

Frau Kerl ergänzt noch ein paar Zahlen. Bei der medbo selbst kämen ungefähr sieben Prozent der Mitarbeiter aus Zweit- und Drittstaaten. Man sei ungefähr bei 58 Herkunftsländern, dies sei tatsächlich stark gemischt. Man habe generell immer weniger Zugänge im Personal, gerade im Pflegebereich. Die markanteste Zahl sei der Rückgang in der Ausbildung um über 11 Prozent in den letzten vier Jahren.

Großer Punkt sei die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Viele Abschlüsse und Studien würden in Deutschland nicht anerkannt. Manchmal sei der Systemunterschied zu groß, manchmal gebe es die Ausbildung oder das Studium gar nicht. Aber gerade in ihrem Bereich sei man zumindest sehr dahinter, dass man mehr und mehr zu erfolgreichen Anerkennungen komme.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Borutta und Frau Kerl und kann bereits als Feedback geben, dass es eine sehr tolle und sehr wertvolle Arbeit sei, die man da vor Ort leiste.

Frau Hanusa bedankt sich für eine Beschreibung, die so gut tue gegen die wahnsinnige Verschärfung, die Stimmungsmache gegen Menschen. Sie frage sich, wie man dies zum Beispiel an die Parteien vermitteln könne, denn die machten die Stimmung im Wahlkampf im Moment. Es gebe vielleicht noch mehr Betriebe, die ähnlich gut und erfolgreich arbeiten.

Herr Graf hat noch eine fachliche Frage, da er damals auch im Verwaltungsrat mitentschieden habe. Da sei es um Hilfskräfte aus den Philippinen gegangen; er wolle wissen, aus welchen Ländern die meisten der Fachkräfte kämen.

Frau Kerl erläutert, dass man dies zahlenmäßig nicht beantworten könne. Wie eingangs erwähnt seien es 58 Herkunftsländer. Man könne nicht exakt sagen, woher die meisten kommen. Frau Borutta ergänzt, dass man einen Außenstandort in Wöllershof habe; hier sei die Nähe zur tschechischen Grenze mit entsprechenden Zuzügen von dort sehr relevant.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass die Stadträtinnen und Stadträte in der Regel mit dem Bundestagswahlkampf relativ wenig zu tun haben. Aber man habe damit zu tun, was in Regensburg Sache sei und wie man solche Beispiele, wie es jetzt in der medbo ganz vorbildlich beschrieben worden sei, öffentlich mache. Das sei gar nicht so ungewöhnlich. In vielen lokalen Unternehmen gebe es deutlich über 50 verschiedene Nationalitäten, die sehr gut klar-kommen. Auch sprachlich, zum Teil sei die Unternehmenssprache einfach Englisch. Gerade bei internationalen Unternehmen, die viele Standorte weltweit haben, sei dies überhaupt kein Problem, es zähle die fachliche Qualifikation.

Auch sie werde des Öfteren auf die Stimmung angesprochen, die sich gegen Ausländer richte, ganz egal wo diese herkommen. Sowohl im Stadtrat als auch im Integrationsbeirat, aber auch beim Amt für Integration und Migration versuche man schon auch die positiven Auswirkungen auf das Leben in der Stadt und auf die Wirtschaft nach vorne zu stellen. Man brauche Einwanderung, man brauche Migration. Ohne dass Menschen hierherkommen, funktioniere das ganze System schon lange nicht mehr.

Die Stadt stelle Beratungsstrukturen bereit, man habe heute ja auch die Antidiskriminierungsstelle da. Es gebe die Beratung im Amt für Integration und Migration und man habe

ganz bewusst eine Abteilung, die 'Willkommenskultur' im Namen habe. Man habe die Fortschreibung des Integrationskonzeptes im Stadtrat verabschiedet, wo die Ziele beschrieben seien, auch innerhalb der Verwaltung.

Herr Cetinkaya bedankt sich bei den Referenten, da das sehr vorbildlich klinge und er hoffe, dass sehr viele Betriebe in Regensburg, bayern- und deutschlandweit dieses Konzept übernehmen. Was man dort betreibe, sei inklusiv und das bedeute ja nicht nur, dass die Menschen, die ankommen, sich ändern, sondern auch die Gesellschaft und die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. Er glaube, eine Gesellschaft, die sich nicht verändere, könne auch nicht integrativ oder inklusiv sein.

Herr Firat fragt nach Austausch und Vernetzung mit anderen Unternehmen vor Ort.

Frau Borutta erklärt, dass sie letztes Jahr zum Ideenfrühstück von der Stadt Regensburg eingeladen worden seien. Falls dies wieder stattfinde, würden die medbo und auch das Institut für Bildung und Personalentwicklung gerne zur Verfügung stehen.

Frau Forstner erwähnt, dass sehr viele Jugendliche, die als Flüchtlinge nach Regensburg gekommen seien, oft noch als Minderjährige, in den Pflegebereich gegangen seien und auch an der medbo die Ausbildungen machen. Sie würde hierzu eine ungefähre Größenordnung interessieren.

Frau Kerl kann dazu keine exakte Größenordnung nennen, aber es seien tatsächlich viele. In der Ausbildung seien ohnehin sehr viele Zweit- oder Drittstaatler, im aktuellen Kurs mindestens 40 Prozent.

Frau Maltz-Schwarzfischer hat in diesem Zusammenhang auch noch eine Frage. Man habe über eine Tochtergesellschaft ein Altenpflegeheim. Und es gebe ja jetzt diese kombinierte Ausbildung und man habe geflüchtete junge Menschen eingestellt. Man habe festgestellt, dass der Deutscherwerb eine sehr große Hürde sei. Frau Maltz-Schwarzfischer fragt nach, ob man hier in der Regel eine Verlängerung bekomme.

Frau Kerl erklärt, dass dies in der Ausbildung leider nicht gehe, dies sei rechtlich vorgegeben. Für die dreijährige Ausbildung als Pflegefachkraft sei mindestens ein gutes B2 eine Voraussetzung. Bereits nach drei Wochen müsse die erste Prüfung geschrieben werden. Danach gehe es auf Station und in den Patientenkontakt. Was aber durchaus gemacht werde ist, dass man interessierte Bewerber noch etwas vertröste, aber Kontakt halte. Wenn dann nach weiteren sechs Monaten die Sprachkenntnisse besser seien, gebe es eine Zusage. Manchmal ziehe sich das dann über einen größeren Zeitraum.

Frau Borutta ergänzt, dass über das beschleunigte Fachkräfteverfahren aktuell viele junge Frauen aus dem Iran kommen. Sobald man einen Ausbildungsvertrag unterschreibe, müsse man sicherstellen, dass die Person die faire Chance habe, auch in Deutschland bleiben zu können. Deswegen müsse man viel verlangen. Man könne die Schulaufgaben nicht für die Person schreiben, man könne nur schon einiges im Vorfeld organisieren.

Frau Torreblanca-Cruz fragt nach, ob es nicht selbst mit B2-Niveau schwierig sei, die Ausbildung abzuschließen. Außerdem fragt sie nach, ob man die Ausbildung zur Pflegekraft bzw. die Prüfungen wiederholen könne, falls die Sprachkenntnisse noch nicht ausreichen. Sie wisse von manchen Ausbildungsstellen, dass es nur eine Möglichkeit gebe und wenn es jemand nicht schaffe, sei er von diesem Bereich ausgeschlossen.

Frau Borutta erklärt zum ersten Punkt, dass es eine große Informationsdichte sei. Es gebe an der medbo an den Pflegeschulen einen Zusatz-Deutschunterricht und es gebe von Schüler\*innen Lerngruppen, die eigendynamisch arbeiten. Auch KoSI unterstütze bei Lernschwierigkeiten. Die andere Frage könne sie tatsächlich nicht beantworten, denn dies sei individuell unterschiedlich. Wenn das Visum an der Ausbildung hänge und mit der Beendigung bzw. bei

Nichtbestehen der Ausbildung das Visum erlösche, glaube sie, seien ihnen rein rechtlich die Hände gebunden.

Herr von Ungern-Sternberg ergänzt, dass man inzwischen die Ausbildung auch in Teilzeit anbiete, was gerade für Nichtmuttersprachler\*innen hilfreich sein könne.

Frau Lang bedankt sich und merkt an, dass man aufgrund der vielen Nachfragen erkenne, wie interessiert man an der Stelle sei und wie toll man dies finde. Sie verabschiedet die Gäste der medbo.

Frau Lang führt zum nächsten Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Maltz-Schwarzfischer.

## **Top 3: Bericht der Oberbürgermeisterin**

Berichterstattung: Frau Maltz-Schwarzfischer

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass ein ganzer Fragenkatalog bei ihr angekommen sei und sie diesen gerne beantworte. Die erste Frage beziehe sich auf den Runden Tisch Erinnerungskultur und die Überprüfung belasteter Straßennamen.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass es ursprünglich davon ausging, dass der Stadtrat ein Konzept für eine Gedenk- und Erinnerungskultur der Stadt Regensburg zur städtischen Geschichte und der Rolle der Stadt und der Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus erarbeiten wollte. Dafür habe er zunächst ein Gutachten in Auftrag gegeben. 2018 sei dann der Auftrag an die Verwaltung gegangen, die Empfehlungen umzusetzen. Dazu gehörte der Aufbau einer Fachkommission, die Erstellung von Richtlinien zur Besetzung dieser Fachkommission, sowie die Erstellung von Förderrichtlinien, nach denen Projekte der Erinnerungskultur von Seiten der Stadt gefördert werden. Es sei dann die Stabsstelle Gedenk- und Erinnerungskultur inhaltlich erweitert, die Stelle ausgebaut und die Fachkommission eingerichtet worden. Und es seien Fördergelder in einem Richtlinienbeschluss zur Verfügung gestellt worden, jedenfalls für kleinere Projekte.

Dann habe die Fachkommission empfohlen, sich mit den Straßenbenennungen zu befassen und diese zu überprüfen. Daraufhin habe der Stadtrat 2020 beschlossen, dafür auch an die Universität und an die OTH heranzutreten. An der OTH habe es dann eine Masterarbeit gegeben, die ein Konzept dafür vorschlug. Diese sei dem Stadtrat vorgestellt worden. Zwischenzeitlich kam es zu Verzögerungen aufgrund der personellen Situation in der Stabsstelle. Diese sei aber inzwischen wiederbesetzt.

Es habe einen Auftrag an eine Wissenschaftlerin gegeben, die die gesamte Liste der nach Personen benannten Straßen überprüft habe. Es gab bereits einen Zwischenbericht im Stadtrat, der Endbericht werde noch in diesem Jahr erwartet. Man habe sich im Stadtrat geeinigt, dass es zunächst um die NS-belasteten Straße, Plätze und Parks gehe. Man habe einen Park tatsächlich bereits umbenannt.

Die Bildungsreferentin habe die Stadträtinnen und Stadträte aus den Fraktionen zu einer vorbereitenden Meinungsbildung eingeladen. Hier gebe es unterschiedliche Ansichten bezüglich des weiteren Vorgehens. Aus anderen Städten gebe es Beispiele, dass das ursprüngliche Namensschild durchgestrichen sei und der neue Name und ein QR-Code danebenstehe, wo man mehr Informationen finde. Möglicherweise auch ein kleines Schild, dass diese Straße wegen der NS-Belastung des Namensträgers umbenannt worden sei; es gebe unterschiedliche Beispiele.

Kernpunkt der Diskussion sei, dass wenn man eine Straße umbenenne, der bisherige Name verschwinde. Das sei auch gut, denn man möchte dem NS-belasteten Menschen nicht weiterhin diese Ehre erweisen. Aber wenn der Name weg sei, wisse in zehn Jahren kein Mensch mehr, dass diese Straße einmal anders benannt gewesen sei und dass man hier auch damit umgehe, dass man die Täter nicht mehr ehre. Dann wäre es weg aus der Geschichte und es sei so, als hätte es in Regensburg nie NS-Geschichte gegeben.

Frau Maltz-Schwarzfischer fragt die anwesenden Stadträte, ob sie die Diskussion so richtig dargestellt habe. Die Stadträte bejahren das. Man werde sich auf jeden Fall wieder damit befassen müssen. In diesem Jahr werde noch das endgültige Ergebnis der wissenschaftlichen Überprüfung der Straßennamen kommen.

Frau Schwarz fragt nach der Danziger Freiheit und einer möglichen Ausweitung auf weitere Belastungen über den Nationalsozialismus hinaus.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass die Danziger Freiheit von Anfang an immer in der Diskussion gewesen sei, wenn es um Straßen- und Platzumbenennungen gegangen sei. Diese offensichtlichen Platz- und Ortsbenennungen werden mit Sicherheit Thema sein.

Die Kolonialismus Thematik werde sicherlich dieses Jahr nicht mehr angegangen. Aber schon im ursprünglichen Beschluss ging es nicht nur um Straßen- und Ortsbenennungen aus dem nationalsozialistischen, sondern auch aus anderen antidebaktratischen Kontexten. Den Wortlaut aus dem Beschluss wisse sie jetzt nicht mehr ganz genau, aber dies sei auf jeden Fall der Plan<sup>2</sup>.

Herr Nihat möchte wissen, wie denn die anderen Parteien auf die Pläne für Straßenumbenennungen reagieren.

Frau Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass es eine große Mehrheit aus der demokratischen Mitte im Stadtrat gebe, die sich damit befasse. Aber wenn Herr Nihat mit anderen Parteien die AfD meine, die habe sich bisher noch nicht wirklich dazu geäußert.

Herr Vahap Firat fragt nach Reaktionen der Anwohner, wenn ihre Straße auf einmal umbenannt werde und ob es Gegenwehr gebe.

Frau Maltz-Schwarzfischer erläutert, dass man aktuell noch keine einzelne Umbenennung konkret beschlossen habe, aber in der Regel gebe es schon Gegenwehr.

Herr Firat fragt nach, wie man dies entschärfen und die Leute mitnehmen wolle.

Frau Maltz-Schwarzfischer antwortet, dass nach einem entsprechenden Beschluss des Stadtrates die Bürger dies grundsätzlich akzeptieren müssten. Man könne sicher nicht mit einzelnen anfangen, über Kosten für Visitenkarten oder ähnliches zu debattieren. Gerade für große und international tätige Unternehmen sei das natürlich schon schwierig und mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Da müssten dann auch sämtliche Eintragungen in Handelsregistern usw. angepasst werden. Das müsse man sich dann konkret ansehen, aber so weit sei man jetzt noch nicht. Regensburg habe allerdings schon Erfahrungen mit Umbenennungen gemacht.

Frau Hanusa erläutert, man kenne ja den Gegenwind noch von der Florian-Seidl-Straße her. Die Erfahrungen daraus gehen in die Richtung, dass man eine sehr gute Informationsarbeit brauche. Für sie sei es ein nachzuholender demokratischer Schritt, diese Namen endlich aus der Ehrung zu bringen. Für sie sei wichtig, dass damit eine breite Aufklärung verbunden sei. Sie wohne in der Nähe der Messerschmittstraße und sie wünsche sich, dass endlich über Messerschmitt in Regensburg fundiert aufgeklärt werde, zum Beispiel bezüglich der Zwangsarbeit. Es sei ein überfälliger Schritt und den müsse man möglichst intensiv tun.

Die Oberbürgermeisterin geht zum nächsten Thema über, dem aktuellen Stand bezüglich Kaufhofgebäude und der angeblichen Pläne für ein islamisches Kulturzentrum. Kaufhof sei Mieter in dem Gebäude gewesen, der Eigentümer sei eine GmbH. Diese GmbH habe im Dezember über eine Kaufurkunde angezeigt, dass das Gebäude verkauft worden sei. Es gehe dabei nicht um das gesamte Gebäude, aber den Großteil. In dieser Kaufurkunde sei von einem arabisch-islamischen Kulturkaufhaus mit Shop-in-Shop-Konzept, insbesondere Barber-shop und Halal-Metzger, die Rede. Als Käufer war ein israelischer Staatsbürger mit israelischem Namen angegeben.

Dann sei das Interview in der Mittelbayerischen Zeitung gekommen, dass dann diese Aufregung ausgelöst habe. Der dort Interviewte war aber nicht der Käufer. Von dieser Person wisse man gar nichts, auch nicht, ob sie überhaupt existiere. Sie wisse auch nicht, ob die MZ dies überprüft habe.

Jedenfalls gehe man als Stadt momentan davon aus, dass dies ein bewusstes Manöver war, um die Stadtpolitik und auch die Gesellschaft unter Druck zu setzen. Die MZ habe das einfach veröffentlicht, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon eine Stellungnahme von ihr vorlag. Diese wurde erst drei Tage später publiziert.

---

<sup>2</sup> ergänzend hierzu der Beschluss des Bildungsausschusses vom 08.07.2020: <https://srv19.regensburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=16527>

In diesem Kaufvertrag sei auch ein unrealistisch hoher Kaufpreis genannt. Die Verkäuferseite sei für die Stadt ein nicht transparentes Firmenkonstrukt hinter der Kaufhof Regensburg GmbH. Im Vertrag sei eine Adresse angegeben, die es so konkret nicht gebe. Der Ansprechpartner für den Verkäufer sei jetzt der Briefempfangsbevollmächtigte für den Käufer. Es sei alles nur bizarr. Die einzige Absicht in ihren Augen sei, dass die Stadt Regensburg dazu gebracht werden solle, die Immobilie zu einem überhöhten Preis zu kaufen. Sie könne das aber nicht beweisen oder belegen.

Die Stadt habe deshalb zunächst einen Auftrag für ein Gutachten über den Verkehrswert des Kaufgegenstandes vergeben. Ein Teilbereich des Grundstücks gehöre außerdem einer Erbengemeinschaft. Man würde also gar nicht alles erwerben, wenn man jetzt kaufe. Das Gutachten solle in Kürze fertig sein. Man gehe davon aus, dass der Verkehrswert deutlich niedriger sei als das, was in der Kaufurkunde stehe.

Wenn man zum deutlich überhöhten Preis das Vorkaufsrecht ausübe, würde das wohl auch juristisch auf wackligen Beinen stehen. Und auch ein Kaufangebot zum realen Verkehrswert würde vermutlich ein juristisches Nachspiel mit sich bringen. Es sei nicht einfach, dem Stadtrat hier etwas zu empfehlen. Man sei dabei, dies für das nächste Stadtratsplenum vorzubereiten.

Die Oberbürgermeisterin sieht den Umgang der Mittelbayerischen Zeitung mit dem Thema kritisch. Es habe viele Hass- und Hetzkommentare in den sozialen Medien unter diesem MZ-Interview gegeben, die nicht moderiert wurden. Das ließ man einfach über das Wochenende laufen, obwohl, wie gesagt, ihre Stellungnahme dazu schon vorlag. Das habe der Stadtgesellschaft, und vor allen Dingen den muslimischen Menschen in der Stadtgesellschaft, geschadet. Das sei ihr auch im Runden Tisch mit den muslimischen Gemeinden rückgespiegelt worden. Es kam so rüber, als ob die Regensburger die Muslime nicht in ihrer Stadt haben wollten. Sie finde es unerträglich, dass durch diese aufgeregte Diskussion die Menschen leiden, die einfach nur Teil der Stadtgesellschaft seien. Die hier arbeiten, Geschäfte in der Altstadt haben, die Steuern zahlen und Teil unserer Gesellschaft seien.

Diese Petition, die dann gleich gestartet sei mit über 30.000 Eintragungen, sei deutschlandweit gewesen. Das erinnerte an die Zeit, als die Stadt Regensburg für die neue DiTib-Moschee die Baugenehmigung erteilt habe. Da habe sie Hassmails und sonstiges aus ganz Europa bekommen. Sie glaube auch, dass diese 32.000 niemals Regensburger waren, sondern dass hier aus ganz Deutschland schnell unterschrieben worden sei.

Herr Cetinkaya geht auch davon aus, dass diese dubiosen Personen die Stimmung der Zeit nutzen wollen, um ihr Geschäft zu vergolden, vielleicht auch mit den Mitteln der Stadt. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Konsortium dort ein Riesenkulturzentrum hinstelle und dann auch noch Geld reinstecke, um das Gebäude zu renovieren, nur um irgendwelche Ausstellungen, kulturelle, musikalische oder sonstige Sachen zu machen. Kultur kostet Geld.

Frau Maltz-Schwarzfischer ergänzt, dass der Investor, den man gar nicht kenne und der auch nicht im Kaufvertrag stehe, wohl nie Kontakt zu hier ansässigen muslimischen Gemeinden aufgenommen habe. Dies seien die Menschen, die hier leben, dies sei aber auch nicht passiert und insofern glaube sie, dies sei überhaupt kein Plan.

Herr Firat fragt, ob zu diesem Austausch mit den muslimischen Gemeinden auch die Alevitische Gemeinde eingeladen sei.

Herr Vernim erklärt, dass die Alevitische Gemeinde bisher noch nicht Teil dieser Gesprächsrunde mit den muslimischen Gemeinden sei. Dies könne man sich aber überlegen. Es komme auch darauf an, ob die Alevitische Gemeinde Interesse daran habe. Darüber könne man sicherlich reden. Ansonsten sei die Gesprächsrunde schon recht vielfältig.

Frau Maltz-Schwarzfischer ergänzt, dass die bosnische und albanische Gemeinde, das Islamische Zentrum, DiTiB, Ahmadiyya und das Muslimisches Bildungswerk bereits Teil dieses Runden Tisches seien.

Herr Firat hält es schon für wichtig, in der Richtung Kontakt aufzunehmen. Die Alevitische Gemeinde sei schließlich auch betroffen.

Frau Maltz-Schwarzfischer begrüßt dies und fragt, ob es zu diesem Thema noch Fragen gebe. Dies ist nicht der Fall.

Der nächste Punkt ist der aktuelle Stand des Bahnhofsareals bzw. Neuigkeiten und weitere Schritte. Hier sei man in der Arbeitsgruppe „Gemeinsam stark für Regensburg“ als Stadt zusammen mit den Polizeien, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und der Regierung der Oberpfalz aktiv. Es werde alles getan, um die Sicherheit zu erhöhen. Das Bahnhofsumfeld sei immer ein Kristallisierungspunkt von Menschen, die dort nicht nur durchreisen, sondern die sich auch dort aufhalten. Immer wo es viele Menschen gebe, gebe es auch Kleinkriminalität und Straßenkriminalität usw.

Diese Arbeitsgruppe habe sich letzte Woche wieder im Polizeipräsidium getroffen und habe den aktuellen Zwischenstand resümiert. Die Staatsanwaltschaft habe berichtet, dass sie mittlerweile über 120 Inhaftierungen habe. Zum Teil werden diese Verfahren vor Gericht eingestellt, manche kommen aber auch in Haft oder werden freigesprochen. Das Gericht berichtete, es habe über 80 verurteilt und einen Teil davon auch abgeschoben.

Tatsächlich seien die Zahlen zurückgegangen. Die hohe Polizeipräsenz zeige Wirkung, auf der anderen Seite habe auch die Stadt Regensburg das ihre dazu getan. Man habe für Beleuchtung gesorgt, eine neue Notrufsäule im Bereich des Schwammerls beim Obelisken installiert. Man werde in diesem Sommer die beiden Brunnen rund um den Obelisken neu bauen und das ganze Gelände aufwerten. Es gebe in diesem Bereich nur noch fest angebrachte Sitzbänke.

Die Stadt plane weiterhin, das Gelände in dem Park zu beleben. Dort sollen Events stattfinden zu lassen, z.B. Sport im Park, der Jugendkulturteppich oder Aktionen des Kulturenraums M26. Es habe einen Verdrängungseffekt gegeben, der auch in anderen Stadtteilen spürbar sei, nicht nur in der Maximilianstraße. Die Polizei gehe hier mit zivilen Einsatzkräften vor. Sie glaube, dass man da auf einem guten Weg sei. Die Polizei sage, dass die Kriminalitätszahlen in einigen Bereichen deutlich zurückgegangen seien, in manchen weniger deutlich, aber sie seien zurückgegangen.

Die Oberbürgermeisterin kommt nun zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Sie habe sich hier Zahlen von der Stabsstelle Bildungskoordination geholt. Aktuell seien 70 Prozent der Grundschulkinder in Regensburg am Nachmittag betreut, und zwar in Horten, im offenen Ganztag, im gebundenen Ganztag, in der Mittagsbetreuung und der Hausaufgabenbetreuung. Eine kurze Mittagsbetreuung erfülle allerdings den Rechtsanspruch nicht. Im Schuljahr 2024/2025 gebe es 4.432 betreute Kinder, davon 1.041 im Hort, 497 im gebundenen Ganztag, im offenen Ganztag kurz 164, im offenen Ganztag lang 200, in der kurzen Mittagsbetreuung 598, in der langen Mittagsbetreuung 576, in der Hausaufgabenbetreuung 90.

Man habe im letzten Jahr eine Elternbefragung gemacht und daraus habe sich ergeben, dass ca. 88 Prozent der befragten Eltern in Zukunft eine Betreuung am Nachmittag benötigen und 58 Prozent hiervon bis 16.00 Uhr oder länger. Deswegen habe der Bildungsausschuss im Dezember beschlossen, dass eine Betreuungsquote von 90 Prozent angestrebt werden solle.

Man habe in verschiedenen Sprengeln Planungen und Bauvorhaben, die man vorangetrieben habe. Hier seien das Sallerner Schulzentrum und die Konradschule zu nennen, die mehr als 100 weitere Betreuungsplätze bieten können. Auch darüber hinaus müsse man den Ausbau weiter vorantreiben. Dafür gebe es eine stadtinterne Steuerungsgruppe, in der alle Ämter der Stadt, die in irgendeiner Weise damit zu tun haben, vertreten sind, außerdem die Schulaufsichtsbehörden.

Auf der örtlichen Ebene werden in den Schulsprengeln Ganztagswerkstätten eingerichtet, die Maßnahmen gemeinsam erarbeiten sollen und daraus solle ein Handlungskonzept mit Zielen entwickelt werden. Man brauche auch Sprachkurse für die Betreuungskräfte und man wolle vor allen Dingen bei den Räumlichkeiten freie Kapazitäten in den Schulgebäuden mit nutzen. Im Prinzip sei man auf einem guten Weg in Regensburg und man werde das auf jeden Fall hinkriegen. Ein Feld, das noch nicht ganz gelöst sei, sei das Thema Ferienbetreuung. Da

habe man aber in der Stadt sowieso schon sehr gute Ferienangebote. Die Idee sei jetzt, dass man mittels eines Programms oder ein App alles zusammenfassen könne, was in Regensburg angeboten werde und man auch einfach buchen könne als Eltern. Das müsse man nicht selbst stricken, da gebe es schon Programme, die in anderen Städten bereits in Anwendung seien.

Frau Lang fragt nach, ob die kurzen Mittagsbetreuungen dann abgebaut werden, um Kapazitäten für die anspruchserfüllenden Angebote zu haben.

Frau Maltz-Schwarzfischer glaubt dies nicht, da laut Elternbefragung nicht alle Eltern bis 16 Uhr oder länger eine Betreuung brauchen. Es werde also auch weiter Bedarf für die kurze Betreuung geben.

Frau Maltz-Schwarzfischer geht zur nächsten Frage zur Sportplatzbelegung am Sportpark Ost. Vereine aus dem Stadtosten hätten hier Interesse bekundet. Aktuell sei das Sportamt noch in den Planungen, aber es sollen auf jeden Fall alle in Frage kommenden Vereine mit entsprechendem Bedarf berücksichtigt werden. Zunächst werden in diesem Frühjahr bzw. Frühsommer die Leichtathletikhalle und das Schwimmbad fertig, erst danach könne man die Außenanlagen und Sportplätze anlegen. Die konkrete Belegung wird erst im Anschluss zu klären sein.

Das nächste Thema ist das Burgweinting Zentrum (BUZ), und zwar ob es wieder eine Nutzung des Bürgersaals geben werde und was die Stadt mit dem BUZ grundsätzlich vorhave. Die Oberbürgermeisterin weist zunächst darauf hin, dass das BUZ nicht der Stadt gehöre, es werde privatwirtschaftlich verwaltet. Die aktuellen Eigentümer seien haben der Stadt Planungen zur Weiterentwicklung vorgelegt. Die Stadt habe von Anfang an gesagt, dass es weiterhin einen Bürgersaal geben müsse, idealerweise mit einer Gastronomie.

Vor ungefähr einem Jahr wurde die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen und die geplanten Umstrukturierungen zur Kenntnis genommen. Jetzt befindet sich dieser in Aufstellung. Die Stadtverwaltung stimme sich also mit dem Vorhabenträger im Rahmen des laufenden Verfahrens ab. Das langfristige Ziel der Stadt sei die Stärkung des BUZ als Einzelhandelsstandort und soziales Zentrum des Stadtteils inklusive der dauerhaften Nutzung des Bürgersaals. Der nächste offizielle Schritt sei nun der Veröffentlichungs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan, wo dann die Planungen schon konkreter seien. Es sei aber noch nicht abzusehen, wann ein solcher Beschluss dem Planungsausschuss vorgelegt werden könne.

Frau Lang bedankt sich bei der Oberbürgermeisterin für ihre Zeit und die Beantwortung der Fragen.

Frau Lang übergibt das Wort an Frau Spanner.

## **Top 4: Die Antidiskriminierungsstelle der Stadt Regensburg**

Berichterstattung: Frau Spanner (Antidiskriminierungsstelle der Stadt Regensburg)

Die Antidiskriminierungsstelle sei im Jahr 2018 eingerichtet worden, auf Basis einer Initiative der Integrations- und Jugendbeiräte sowie eines klaren politischen Willens. Sie ist im Büro für Chancengleichheit im Direktorialbereich, also direkt bei der Oberbürgermeisterin, angesiedelt. Von 2018 bis 2022 sei es eine Teilzeitstelle mit 19,5 Wochenstunden gewesen. Frau Spanner selbst sei seit 2021 im Dienst, inzwischen auf einer Vollzeitstelle mit 39 Wochenstunden und einer höheren Eingruppierung.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist die Grundlage der Antidiskriminierungsstelle. Das AGG habe ein enges Verständnis von Diskriminierung und beschränke sich auf die Merkmale Rassismus, Alter, sexuelle Orientierung, Behinderung, Religion und Weltanschauung. Sie selbst habe jedoch ein breiteres Verständnis. Die Antidiskriminierungsstelle bearbeite alle Diskriminierungsformen und Diversitätsdimensionen. Es gehe nicht nur um Rassismus, sondern auch um Sexismus, Queerfeindlichkeit, die Feindlichkeit oder die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und aufgrund des Alters. All dies falle theoretisch und auch praktisch in das Tätigkeitsfeld. Durch die Anbindung im Büro für Chancengleichheit bestehe eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle, insbesondere bei intersektionalen Themen und beim Thema sexuelle Belästigung.

Es gebe aktuell 35 Antidiskriminierungsstellen, die in kommunalen Verwaltungen angesiedelt sind. Es werden immer mehr, aber es sei ein verhältnismäßig neues Modell und auch keine Pflicht für die Kommunen.

Die Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit sei ein wichtiges Tätigkeitsfeld. Man organisiere Veranstaltungen für externe Stellen, zum Beispiel Vorträge zum Thema Sexismus bei den Feuerwehrfrauen oder der Bundeswehr. Auf Anfrage konzipiere man Workshops und Vorträge je nach Bedarf, z.B. beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, bei der Diakonie oder am Uniklinikum.

Die Antidiskriminierungsstelle sei auch im Rahmen jährlicher Projektreihen regelmäßig beteiligt, insbesondere bei den Interkulturellen Wochen und den Internationalen Wochen gegen Rassismus. Mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus haben schon viele Veranstaltungen stattgefunden. Vor zwei Jahren habe eine Podiumsdiskussion zum Thema „Macht der Sprache“ stattgefunden, eine schöne Kooperation mit Jugendbeirat, Integrationsbeirat, AGABY und der Katholischen Erwachsenenbildung. Ebenfalls vor zwei Jahren gab es mit Frau Hanusa einen Workshop „Rassismus den öffentlichen Raum nehmen!“ zu Aktionsmöglichkeiten für Gastronomie und Zivilgesellschaft.

Aktuell habe man außerdem erste Workshops mit VR-Brillen durchgeführt. Dabei würden Diskriminierungserfahrungen erlebbar und im Anschluss diskutiert. Im Februar fand auch ein Online-Workshop „Vielfaltsensibel Feste und Fasching feiern“ explizit für pädagogische Fachkräfte statt, bei dem der Integrationsbeirat Kooperationspartner war.

Neben den eigenen Aktivitäten gebe es viele weitere Aktionstage und Veranstaltungen, bei denen man mitwirke. Hier sei One Billion Rising zu nennen, der Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, der Internationale Frauentag im März, der Equal Pay Day oder der Christopher Street Day.

Die Antidiskriminierungsstelle habe grundsätzlich den Fokus, nach außen, also in die Stadtgesellschaft, hineinzuwirken. Allerdings wirke die Stelle zunehmend auch intern, vor allen Dingen im Hinblick auf Fortbildungen und sonstige Veranstaltungen. Man sei mehrmals jährlich bei der Einführung für die neuen Mitarbeitenden der Stadt Regensburg und stelle sich und das

AGG vor, das gleiche gelte für die Einführungstage der neuen Auszubildenden. Im Fortbildungsprogramm für städtische Mitarbeitende gebe es mittlerweile einen ganzen Block zu Themen wie Alltagsrassismus am Arbeitsplatz, Diskriminierungssensibles Handeln in Alltag und Beruf und auch zu diskriminierungsfreier Kommunikation. Auch eine vertiefende Schulung zum AGG werde fest angeboten. Auf Anfrage mache man auch speziell zugeschnittene Vorträge und Schulungen für Schulen, zum Beispiel an der Berufsschule 2 oder für städtische Tochtergesellschaften und Dienststellen.

Die Netzwerkarbeit sei ein weiteres wichtiges Feld. Die Stelle sei Mitglied im deutschlandweiten und bayerischen Netzwerk der Antidiskriminierungsstellen. Es stehe die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierungsarbeit bevor. Dort seien die kommunalen bayerischen Stellen Mitglied, aber auch die freien unabhängigen Stellen, die bei zivilgesellschaftlichen Trägern angesiedelt seien.

Man sei im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen, auch wenn es um Verweisberatungen gehe. Zum Beispiel mit dem B.U.D. (Beratung Unterstützung Dokumentation), der inzwischen auch in Regensburg eine Ansprechperson habe, mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und den freien Beratungsstellen. Die Antidiskriminierungsstelle sei auch in verschiedenen Gremien vertreten, zum Beispiel dem Arbeitskreis Mädchen\* und dem Arbeitskreis Frauen inklusiv. Verwaltungsinterne Vernetzungen seien noch zu nennen, mit der Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“, mit der Abteilung Willkommenskultur und Integration, der Stabsstelle Erinnerungskultur und auch dem Bereich der politischen Bildung der Volkshochschule. Auch mit dem Inklusionsbeauftragten sei sie gut vernetzt. Das Ziel sei natürlich, die Struktur für Antidiskriminierungsarbeit in Bayern und deutschlandweit zu verbessern und Synergien zu schaffen.

Der dritte Tätigkeitsbereich sei die Beratung, wodurch Stelle wohl von außen am meisten wahrgenommen werde. Man verstehe sich dabei als erste Hilfe bei Diskriminierung. Es gehe darum, eine vertrauliche Erst- und Verweisberatung anzubieten und mögliche Ansprüche nach dem AGG zu prüfen. Man sei auf das Stadtgebiet Regensburg beschränkt. Es finde explizit keine juristische Beratung statt. Alle Beratungsanfragen werden anonym dokumentiert und in Tätigkeitsberichten ausgewertet. Bei der Beratung gehe es auch darum, Unterstützungsmöglichkeiten zu vermitteln. Das Selbstverständnis sei, dass man parteilich und solidarisch mit den Beratungssuchenden sei. Aber als Teil der Stadtverwaltung sei man nicht unabhängig und daraus ergebe sich ein Spannungsfeld.

Man habe ungefähr 40 Beratungsanfragen im Jahr. Hier beziehe sie sich nur auf konkrete Anfragen zur Beratung, die von extern kommen. In der Regel gebe es mehrere Kontakte pro Fall. Die Beratungen finden telefonisch, per Mail oder persönlich statt. Diese Zahlen seien nicht repräsentativ für das Diskriminierungsgeschehen in Regensburg. Menschen wenden sich teilweise spezifischeren Beratungsstellen zu, zum Beispiel gebe es für Antisemitismus die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), für Antiziganismus die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA), und auch bei queerfeindlicher Gewalt, gebe es einschlägigere Beratungsstellen. Und es sei natürlich auch so, dass viele Menschen erst gar nicht den Weg in die Beratung finden.

Thematisch gebe es bei den Beratungsfällen einen klaren Überhang bei rassistischer Diskriminierung, dann folge Behinderung, dann Geschlecht und die anderen Dimensionen seien dann eher weniger vertreten. Bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sei die thematische Verteilung ähnlich. Die meisten gemeldeten Fälle beträfen dort das Merkmal Rassismus, dann komme Behinderung und Geschlecht. Gerade im Bereich Altersdiskriminierung sei zu vermuten, dass hier wenige Menschen den Zugang zur Beratung finden und dies dementsprechend auch weniger dokumentiert sei.

Bei einer Untergliederung nach Lebensbereichen zeige sich, dass Arbeit und berufliche Ausbildung besonders signifikant seien. Es folgen Behörden an und dann private Dienstleistungen/Zugang zu Gütern. Auch hier sei die Verteilung bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ähnlich.

Dann sei sie auch schon am Ende angelangt. Sie erklärt, dass die kommunale Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland sei im Aufbau begriffen, es kommen ständige neue kommunale Stellen dazu. In Regensburg sei man sehr gut aufgestellt, würde sie sagen und man profitiere auch davon, dass die Netzwerke immer dichter werden, sie habe es gerade angesprochen, die Netzwerkarbeit nehme auch beständig zu. Aus dem kommunalen Netzwerk deutschlandweit sei ja jetzt auch eine eigene Qualifizierung entstanden, wo sie auch teilnehme und dies natürlich sei alles als sehr positiv zu bewerten. Sie habe hier noch eine Studie aufgeführt, die auch aus dem Netzwerk entstanden sei, „Fair vor Ort“, wo Standards für kommunale Antidiskriminierungsstellen festgeschrieben seien und auch Empfehlungen ausgesprochen werden hinsichtlich Anbindung, Mandat, Befugnissen, Ausrichtung etc. Da gebe es zum Beispiel auch Empfehlungen wie die Beratungsarbeit funktionieren soll, es gebe Modelle wo dies an zivilgesellschaftliche Träger ausgelagert werde und die kommunalen Antidiskriminierungsstellen sich auf die strukturelle Arbeit konzentrieren. Da sei ganz viel in Bewegung, da gebe es ganz unterschiedliche Modelle, aber dafür sei die Studie sehr interessant und hier auch mit QR Code verlinkt. Sie habe leider keine Druckexemplare mehr, sonst hätte sie welche mitgenommen und hinten in der Studie gebe es eine Handreichung, also eine Kurzform der Studie.

Zum Ende stellt Frau Spanner noch einige beispielhafte Anfragen an die Antidiskriminierungsstelle vor, zu den Themen rassistisches Mobbing am Arbeitsplatz, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Diskriminierung in einem Restaurant aufgrund einer Behinderung sowie rassistisches Mobbing an einer Schule.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Spanner für den Vortrag.

Herr Cetinkaya bedankt sich ebenfalls und betont, wie wichtig und richtig es sei, dass Regensburg eine Antidiskriminierungsstelle habe und dass man als Mensch, der von irgendeiner Diskriminierung betroffen sei, eine Anlaufstelle habe.

Herr Firat fragt nach, wie langfristig gesichert die Stelle sei. Bayernweit würden einige Finanzierungen gestrichen.

Dazu kann Frau Spanner keine Prognosen anstellen. Es sei eine freiwillige Leistung, die natürlich auch wegfallen könne.

Frau Torreblanca Cruz fragt, ob die Zielgruppen tatsächlich alle von dem Beratungsangebot wüssten. Häufig kämen Informationen gar nicht bei den Betroffenen an.

Frau Spanner betont, dass das Beratungsangebot nicht offensiv beworben werde. Ein viel höheres Beratungsaufkommen könnte sie aber kapazitätsmäßig gar nicht bearbeiten. Sie unterstütze so gut es gehe, verweise an andere Stellen; aber sie könne keine psychosoziale Beratung übernehmen oder Menschen generell länger begleiten. Grundsätzlich sei dies nicht leistbar. Es gebe grundsätzlich einen Versorgungsnotstand, was Antidiskriminierungsarbeit betreffe, vor allen Dingen tatsächlich auch in Bayern.

Frau Eberlein ergänzt als Stadträtin, dass sie bisher keine Diskussionen bzgl. einer Einsparung der Stelle wahrgenommen habe. Es würde sie auch sehr überraschen, wenn man dort tatsächlich eine Einsparung forciere. Insofern glaube sie, dass dies zumindest nicht unmittelbar in der Diskussion sei. Sie sehe aktuell keinen Grund zur Sorge.

18:39 Uhr Frau Wudtke verlässt den Saal.

Frau Lang bittet darum, den nächsten Tagesordnungspunkt nach hinten zu verlegen, weil aktuell die Beschlussfähigkeit nicht gegeben sein. Dazu gibt es keine Einwände.

Frau Lang übergibt das Wort für TOP 6 an Herrn Cetinkaya.

## **Top 6: Bericht zu den internationalen Wochen gegen Rassismus 2025**

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation, Herr Cetinkaya

Herr Cetinkaya berichtet, dass die Vorarbeiten für die Wochen abgeschlossen seien. Das Programmheft sei in Druck. Die Plakate hingen schon teilweise. Für den Integrationsbeirat selbst gebe es zwei Veranstaltungen, die er ansprechen möchte:

Einmal am 21. März die Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Rassismus unter dem Motto „Menschenwürde schützen“, welche am Neupfarrplatz stattfinde. Man werde ab 14.30 Uhr vor Ort sein. Die Redebeiträge und weitere Programmpunkte starten um 17 Uhr. Die Veranstaltung gehe bis 19 Uhr. Dieses Jahr habe man neu eine Tanzgruppe aus Indien dabei, hier sei man sehr gespannt.

Die andere Veranstaltung ist ein Vortrag am 27. März mit Hamado Dipama zum Thema „Rassismus als Strategie: Wie Migrant\*innen und Geflüchtete für politische Agenden instrumentalisiert werden“. Das habe man wegen der anstehenden Bundestagswahl mit aufgenommen, weil der Wahlkampf leider wieder von Populismus auf dem Rücken von Migrant\*innen und Geflüchteten geprägt sei.

Wenn die Flyer fertig und angekommen seien, könne man diese bei Herrn Vernim abholen. Man habe wieder ein sehr buntes Programm, mit 27 oder 26 Programmpunkten. Er bitte auch dieses Jahr wieder alle, an dem ein oder anderen Programmpunkt teilzunehmen und mitzumachen.

18:45 Uhr Frau Wudtke kommt wieder in den Raum.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Cetinkaya, dessen Team und Herrn Vernim dafür, dass sie alle so viel Energie und Zeit in die Organisation stecken.

## **Top 5: Mitgliederversammlung der AGABY am 10.05.25 in Ansbach**

Berichterstattung: Vorstand

Herr Cetinkaya erklärt, dass es den Integrationsbeiräten in Bayern helfen würde, wenn AGABY als Dachverband der Integrations- und Ausländerbeiräte eine Möglichkeit schaffen würde, dass Mitglieder ihre Protokolle, Beschlüsse und Unterlagen sammeln und veröffentlichen können. Dies helfe dabei, Ideen für eigene Aktivitäten zu entwickeln. Außerdem würde es die Transparenz der Beiratsarbeit erhöhen. Es würde auch die Effizienz erhöhen, da man nicht immer alles komplett neu aufsetzen oder Themen neu finden müsse. Auch der Austausch würde gestärkt und erleichtert, wenn man wisse, wer an welchen Themen wo gearbeitet habe. Die Idee wäre ein zentraler Sammelpunkt für Informationen und Austausch.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Cetinkaya und fragt, ob es Nachfragen hierzu gibt. Dies ist nicht der Fall. Es wird festgestellt, dass keine Gegenstimmen vorliegen und der Beschluss einstimmig angenommen wird.

## **I.      Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg fordert die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) auf, Protokolle und Beschlüsse der Mitgliedsbeiräte auf ihrer Website öffentlich zugänglich zu machen. Die Veröffentlichung soll zeitnah nach den jeweiligen Sitzungen erfolgen, sobald die Mitglieder ihre Protokolle und Beschlüsse bereitstellen.

Die Mitgliedbeiräte bzw. der Geschäftsstellen werden aufgefordert, die entsprechenden Dokumente zeitnah der AGABY zur Verfügung zu stellen.

## **II.      Begründung**

Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen sind essenzielle Grundpfeiler einer demokratischen und partizipativen Gesellschaft. Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg sieht es als notwendig an, dass die Arbeit der AGABY-Mitgliedsbeiräte für alle Interessierten – insbesondere für Migrantinnen und Migranten, die von den Beschlüssen betroffen sind – nachvollziehbar ist.

Durch die Veröffentlichung der Protokolle und Beschlüsse auf der AGABY-Homepage wird:

1. Transparency geschaffen:  
Die Öffentlichkeit erhält direkten Einblick in die Inhalte und Entscheidungen der Beiräte.
2. Beteiligung gefördert:  
Migrantinnen und Migranten sowie weitere Interessierte können sich leichter informieren und in die Prozesse einbringen.
3. Vertrauen gestärkt:  
Eine offene Kommunikation trägt dazu bei, die Akzeptanz und das Verständnis für die Arbeit der Beiräte zu erhöhen.
4. Effizienz erhöht:  
Mitgliedsbeiräte können schneller auf Informationen zugreifen, was die Zusammenarbeit zwischen den Beiräten verbessert und Synergien fördert.
5. Austausch erleichtert:  
Die Arbeit der anderen Integrationsbeiräte wird vereinfacht, da sie sich Anregungen und Ideen für ihre eigenen Gremien holen können.
6. Zentrale Sammlung von Informationen:

Die Protokolle und Beschlüsse werden an einem Ort gebündelt veröffentlicht, wodurch die Recherche und der Zugriff auf relevante Informationen für alle Beteiligten erleichtert wird. Die Veröffentlichung stellt einen wichtigen Schritt hin zu einer offeneren und zugänglicheren Arbeit der Mitgliedsbeiräte und der AGABY dar und entspricht dem demokratischen Prinzip der Nachvollziehbarkeit und Rechenschaftspflicht.

## **III.     Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen.

## **Top 7: Sachstandsbericht zur Umsetzung des Integrationskonzepts der Stadt Regensburg (IKR)**

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

18:52 Uhr Herr Firat Nihat verlässt den Raum.

Herr Vernim versucht, sich mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit kurz zu halten. Er erläutert, dass laut dem Stadtratsbeschluss aus dem Sommer 2023 einmal jährlich dem Stadtrat zum Stand der Umsetzung berichtet werden solle. Dies erweiterte man gerne auch auf den Integrationsbeirat.

In der ersten Jahreshälfte 2024 habe man sich in größeren Runden mit allen Referaten der Stadt Regensburg getroffen. Dort ging man die einzelnen Maßnahmen durch, wie weit man sei, was noch passieren müsse, ob man gegebenenfalls Unterstützung durch das Amt für Integration und Migration brauche oder was vielleicht schon komplett umgesetzt sei. Vor den Sommerferien gab es dann bei allen Dienststellen eine tabellarische Sachstandsabfrage. Nach den Sommerferien wurde der Sachstandsbericht für den Stadtrat entworfen und diesem dann in der Dezembersitzung vorgelegt. Der komplette Bericht sei auf der städtischen Website<sup>3</sup> nachzulesen.

Insgesamt umfasse das Konzept 67 Einzelmaßnahmen. Bei 32 davon laufe bereits die Umsetzung. 14 weitere seien zumindest schon in konkreter Planung. Bei 21 habe man noch nicht begonnen. Dies betreffe insbesondere Maßnahmen, die von vornherein schon langfristig angelegt gewesen seien oder keine so hohe Priorität gehabt haben.

Im Handlungsfeld Arbeit stellt Herr Vernim beispielhaft die Maßnahme vor, dass die Kinder- tagespflege ausgebaut werde und man sich insbesondere verstärkt darum bemühe, Personen mit Migrationshintergrund für die Kindertagespflege zu gewinnen. Dies sei bereits in Umsetzung, wobei es natürlich dauerhaft weiterlaufe. Es habe schon Qualifizierungskurse gegeben, die auch weiterentwickelt worden seien. Der Anteil der Teilnehmerinnen mit Migrationshintergrund sei sehr hoch, auch wenn dies statistisch nicht erfasst werde. Die Maßnahme laufe stetig beim Amt für Tagesbetreuung von Kindern weiter.

Im Bildungsbereich sei die Weiterentwicklung und Verfestigung der Fachstelle InMigra-KiD, dies habe der Integrationsbeirat ja explizit gefordert, ebenfalls umgesetzt. Bisher befristete Stellen seien inzwischen entfristet worden. Hier könne es sicherlich bei Interesse nochmal einen Bericht von der Stelle im Beirat geben.

Im Handlungsfeld Gesellschaftliche Partizipation bemühe sich die Stadt weiterhin, Räume für niedrigschwelliges Engagement zu schaffen. Die Eröffnung des Schreiberhauses in Stadtamhof sei hier ein weiterer Meilenstein. Perspektivisch soll es ähnliche Räumlichkeiten in jedem Stadtteil geben. Die Umsetzung laufe auch also auch hier. Soweit er wisse, gebe es Pläne, die Räumlichkeiten des ehemaligen Amtes für Stadtbahnneubau für einen ähnlichen Raum zu nutzen. Auch auf dem PLK-Gelände im Kasernenviertel seien entsprechende Räumlichkeiten angedacht.

Im Handlungsfeld Soziales bemühe sich das Seniorenamt verstärkt darum, in der Seniorenarbeit auf ältere Migranten\*innen zuzugehen und diese als Ehrenamtliche einzubinden. Im Rahmen der Initiative Regensburgs Nette Nachbarn (ReNeNa) würden spezielle herkunftsregionsbezogene Stadtkümmerner etabliert, zum Beispiel für die Region Osteuropa oder die Türkei.

Im Handlungsfeld Interkulturelle Orientierung und Öffnung sei die Digitalisierung, möglichst mehrsprachig, ein wichtiges Anliegen. Vieles sei hier bereits in der Umsetzung, zum Beispiel die Online-Antragsstellung bei der Ausländerbehörde in verschiedenen Sprachen.

---

<sup>3</sup> <https://www.regensburg.de/integrationskonzept>

Herr Vernim kommt nun zu den Maßnahmen, die den Integrationsbeirat direkt betreffen.

Bezüglich der Stärkung des Integrationsbeirats als Gremium sei das Thema einer eigenen Geschäftsordnung leider etwas liegen geblieben, soll aber weiterverfolgt werden. Auch die Anbindung an weitere Gremien sei eine Aufgabe, die größtenteils noch bevorstehe.

Ein weiteres länger angelegtes Thema sei die Sichtbarmachung der Regensburger Migrationsgeschichte, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv und den städtischen Museen. Erste Schritte seien hierzu erfolgt, weitere sollen im Lauf des Jahres folgen.

Bezüglich einer Einbürgerungsinitiative sei man noch nicht aktiv geworden, weil man aktuell bei der Stadtverwaltung sowieso schon überrannt werde mit Einbürgerungsanträgen. Man komme ohnehin kaum noch mit der Bearbeitung hinterher. Die Zahlen seien in den letzten Jahren massiv gestiegen.

Das Amt für Integration und Migration solle mehrsprachig und niederschwellig informieren. Auch hier habe man bereits gestartet mit einer mehrsprachigen Beschilderung im ganzen Amt inklusive eines Farbleitsystems. Des Weiteren sei angedacht, dass man eine amtsinterne Arbeitsgruppe bilde, die sich damit beschäftigt, wo man noch mehrsprachiger und niedrigschwelliger werden könne. Dabei soll der Integrationsbeirat eingebunden werden.

Die Integreat App soll weiter ausgebaut und stärker beworben werden. Auch hier wolle man den Integrationsbeirat einbinden, wenn es um die inhaltliche Weiterentwicklung gehe. Es seien inzwischen 16 Sprachen abgedeckt, auch durch KI-gestützte automatisierte Übersetzungen. Inzwischen gebe es einen eigenen Stadtplan in der App, der dann auch in den verschiedenen Sprachen funktioniere.

## **Top 8: Berichte der AGs**

Frau Lang erwähnt, dass inzwischen viele nicht mehr da seien. Soweit sie wisse, habe es von der AG Politik, Soziales und Antirassismusarbeit ein Treffen mit der Ausländerbehörde gegeben. Außerdem wohl auch Treffen mit dem Bildungsreferat oder dem Amt für Tagesbetreuung von Kindern. Sie fragt, ob jemand der Anwesenden dabei gewesen sei. Dies ist nicht der Fall.

Dann habe man zum Schluss nur noch den Bericht zur geschäftsführenden Stelle. Frau Lang übergibt das Wort an Herrn Vernim.

## **Top 9: Bericht der geschäftsführenden Stelle**

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim weist darauf hin, dass die 10-Jahresfeier am 10. Oktober im DEGGINGER stattfinde, der Saal sei inzwischen gebucht. Heute unmittelbar vor der Sitzung habe Herr Hamado Dipama als Hauptreferent zugesagt. Das nächste Planungstreffen finde am 27. Februar um 16 Uhr online statt.

Dann wolle er noch kurz zur Kontaktaufnahme mit inaktiven Mitgliedern und dem Ausscheiden von Mitgliedern etwas sagen. Gemäß dem Beschluss aus der letzten Sitzung habe man alle inaktiven Mitglieder kontaktiert. Drei Mitglieder hätten in der Folge darum gebeten, ihr Amt niederlegen zu dürfen. Dies dürfe man bei einem kommunalen Ehrenamt nur aus einem wichtigen Grund. Deswegen müsse der Stadtrat dies in seiner nächsten Sitzung noch formal feststellen. Dies sei aber eine Formalität, und danach werden die entsprechenden Listen-nachfolger kontaktiert. Außerdem habe die Stadtratsfraktion BRÜCKE gemeldet, dass zu-künftig Herr Stadtrat Joachim Wolbergs sie im Beirat vertreten werde, mit Herrn Stadtrat Ernst Zierer als Stellvertretung.

Herr Vernim erläutert weiter, dass einige noch auf die Auszahlung der Sitzungsgelder für das letzte Jahr warten. Dies habe sich aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung verzögert. Anfang dieser Woche sei nun der Haushalt genehmigt worden. Deswegen werde in den nächs-ten Tagen oder Wochen bei allen das Sitzungsgeld eingehen.

Und abschließend wolle er nochmal auf die bayerische Ehrenamtskarte hinweisen. Wer hier Interesse habe, könne gerne einen entsprechenden Antrag stellen, auch online.

Herr Vernim ergänzt auf Nachfrage von Herrn Cetinkaya, dass morgen Klausur sei, sich aber bereits 12 oder 13 Mitglieder des Beirats angemeldet haben und er davon ausgehe, dass diese morgen alle da seien.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Vernim und übergibt das Wort an Frau Funk.

Frau Funk möchte gerne noch etwas zum Integrationskonzept sagen. Sie sei schon erstaunt gewesen, dass bereits 32 Maßnahmen am Laufen seien. Dies finde sie echt gut und man habe hier gute Arbeit geleistet habe. Dies wolle sie noch als Rückmeldung geben.

Frau Lang bedankt sich und verabschiedet sich bis zur morgigen Klausur.

Regensburg,

gez.  
Julia Lang  
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)

Anlage: Präsentation „Tätigkeitsbericht Antidiskriminierungsstelle der Stadt Regensburg“



# Tätigkeitsbericht

## Antidiskriminierungsstelle der Stadt Regensburg

51. Sitzung des Integrationsbeirats der Stadt Regensburg  
am 14.02.2025



### Aufbau

1. Allgemeines
2. Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle
  - 2.1 Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit
  - 2.2 Netzwerkarbeit
  - 2.3 Beratung
3. Ausblick

# 1. Allgemeines

- Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle im Jahr 2018 auf Initiative und Wunsch des Jugend- und Integrationsbeirats sowie klarem politischem Willen
- freiwillige Leistung der Stadt Regensburg
- Angliederung an das Büro für Chancengleichheit im Direktorialbereich 1 (mit Gleichstellungsstelle und Anlaufstelle für AGG-Beschwerden)
- 2018-2022: Teilzeitstelle mit 19,5 Wochenstunden, TVöD 9b seit 2022: Vollzeitstelle mit 39 Wochenstunden, TVöD 11

Seite 3

# 1. Allgemeines

- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als Grundlage  
⇒ dennoch: breites Verständnis von Diskriminierung  
⇒ alle Diskriminierungsformen sowie Diversitätsdimensionen als Aufgabenfeld
- Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit, Beratungstätigkeit sowie deren Dokumentation als Aufgaben
- Fokus: Stadtgesellschaft  
⇒ zunehmend aber auch verwaltungsinternes Wirken
- enge Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle
- 35 kommunale AD-Stellen in Deutschland (Stand 2024)

Seite 4

## 2.1 Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit

STADT  
REGENSBURG



## 2.1 Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit

STADT  
REGENSBURG



## 2.1 Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit

STADT  
REGENSBURG



## 2.1 Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit

STADT  
REGENSBURG

Bandbreite **interner** Fortbildungen/Veranstaltungen:

- Vorstellung des Büros für Chancengleichheit und Einführung in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz für neue Mitarbeitende und Azubis der Stadt Regensburg (mehrmals jährlich)
- jährlich angebotene Fortbildungen: Alltagsrassismus am Arbeitsplatz, Diskriminierungssensibles Handeln in Alltag und Beruf, Diskriminierungsfreie Kommunikation sowie vertiefende Schulung zum AGG
- auf Anfrage zudem speziell zugeschnittene Vorträge/Schulungen für Schulen, städtische Töchter sowie einzelne Dienststellen

Seite 8

## 2.2 Netzwerkarbeit

- Mitglied im deutschlandweiten sowie bayerischen Netzwerk der kommunalen Antidiskriminierungsstellen
- Austausch mit zivilgesellschaftlichen (Beratungs-)Stellen
- Mitglied in verschiedenen Arbeitskreisen und Gremien (z.B. AK Mädchen\*, AK Frauen Inklusiv)
- verwaltungsinterne Netzwerke

Ziel: Verbesserung der Struktur für Antidiskriminierungsarbeit in Bayern und deutschlandweit sowie Schaffung von Synergien

Seite 9

## 2.3 Beratung

### Rassistisches Mobbing am Arbeitsplatz

Ein Schwarzer Mann erfuhr am Arbeitsplatz Mobbing und Diskriminierung aus rassistischen Gründen. Als Abteilungsleiter wurde er regelmäßig übergegangen, Informationsmaterial wurden ihm vorenthalten. Nachdem auch eine Mediation mit einer externen Fachkraft durch den Betriebsrat die Situation nicht verbesserte, reichte die Betroffene nach Empfehlung der Antidiskriminierungsstelle eine Beschwerde nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ein.

### Ein Klaps auf dem Po am Arbeitsplatz ist sexuelle Belästigung

Eine Rettungssanitäterin bekam während eines Krankentransportes von ihrem Kollegen einen Klaps auf den Po. Als eine Beschwerde bei den Vorgesetzten folgenlos blieb, suchte die Betroffene unsere Beratung auf. Die Beschwerdeführerin wurde umfassend über ihre Rechte nach dem AGG aufgeklärt. Neben der emotionalen Unterstützung der Betroffenen, erfolgte zudem eine Beratung hinsichtlich des weiteren Vorgehens.

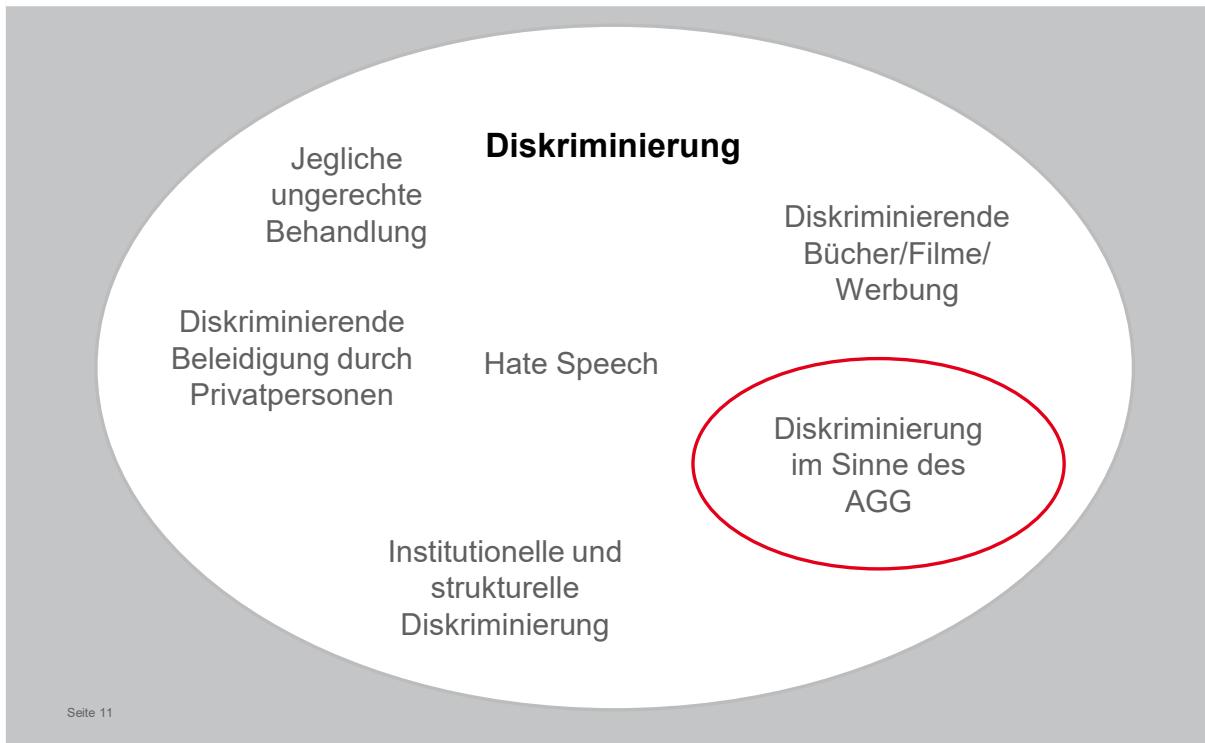
### Verweigerte Bedienung

Einer Frau im Rollstuhl wurde langjähriger Stammkundin in einem Bäckerei-Café im Stadtgebiet mit einer jungen Frau erfuhr in der Schule dass es nicht mehr erwünscht sei, dass sie die Bäckerei-Konkurrenz besuchte. Hier erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit Phönix e.V. (Beratung und Handlungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung) und ergab, dass sich die Situation für die Betroffene erheblich verbessert hat. Fällen zum Thema Behinderung hinzu ist die EUTB (Ergonomische unabhängige Teilhabeberatung) in Regensburg in diesen Fällen immer für die Antidiskriminierungsstelle ansprechbar.

Seite 10



## 2.3 Beratung



## 2.3 Beratung



- „Erste Hilfe bei Diskriminierung“: Vertrauliche Erst- und Verweisberatung sowie Prüfung möglicher Ansprüche nach dem AGG für Menschen in Regensburg (keine juristische Beratung!)
- Anonyme Dokumentation aller eingehenden Beratungsanfragen  
⇒ Auswertung in Tätigkeitsberichten
- Vermittlung von Unterstützungsmöglichkeiten
- Selbstverständnis: parteilich und solidarisch; als Teil der Stadtverwaltung aber nicht unabhängig  
⇒ Spannungsfeld



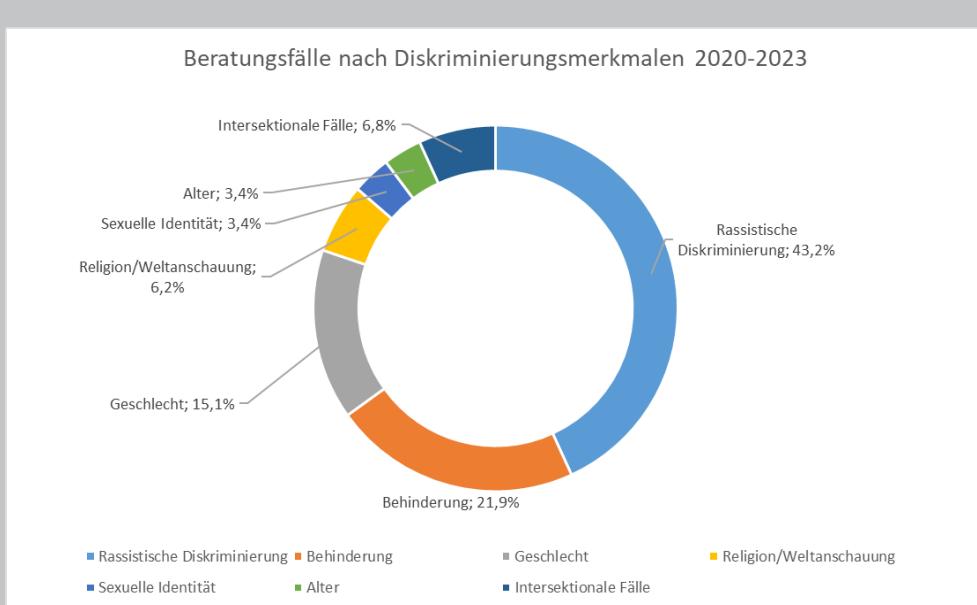
Seite 12

## 2.3 Beratung

- Beratungsfälle 2020-2024:  $\varnothing$  40 Fälle jährlich (**ohne** interne Fälle sowie sonstige Anfragen)
  - $\Rightarrow$  **nicht repräsentativ** für Diskriminierungsgeschehen in Regensburg
  - $\Rightarrow$  i.d.R. mehrere Kontakte pro Fall

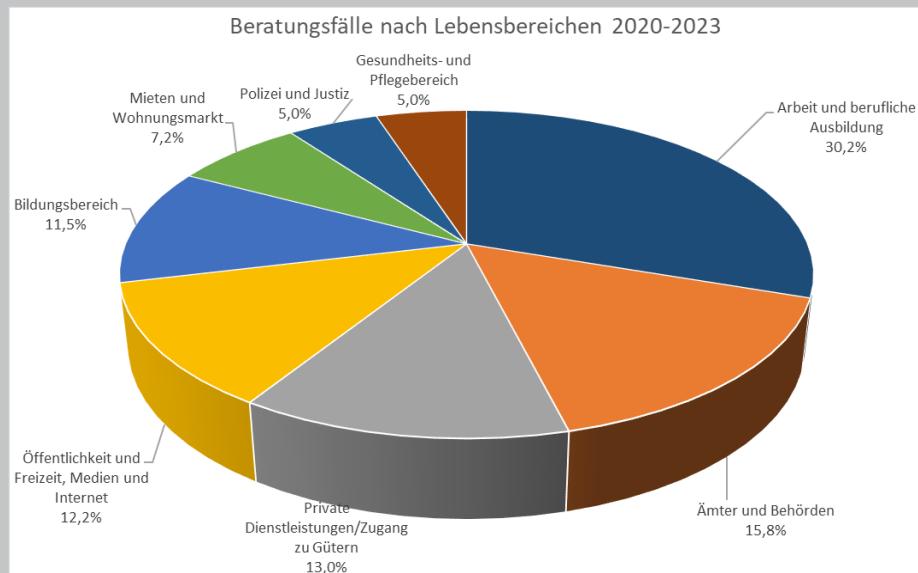
Seite 13

## 2.3 Beratung



Seite 14

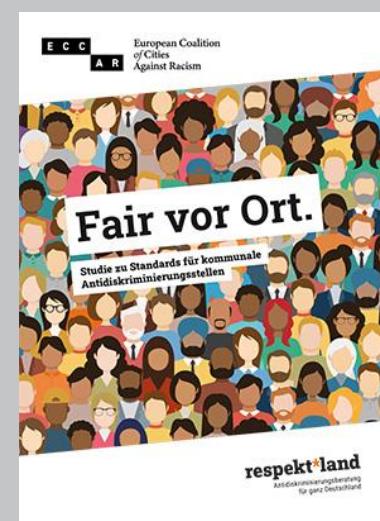
## 2.3 Beratung



Seite 15

## 3. Ausblick

- kommunale Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland im Aufbau begriffen
- mögliche Weiterentwicklung  
⇒ „Fair vor Ort. – Studie zu Standards für kommunale Antidiskriminierungsstellen (2024)



Seite 16

# Fragen?



Bild: Pixabay

Seite 17

## Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



**Büro für Chancengleichheit  
Antidiskriminierungsstelle**

Vera Spanner  
Von-der-Tann-Straße 1 | 93047 Regensburg  
Telefon: (0941) 507-1143  
E-Mail: [antidiskriminierungsstelle@regensburg.de](mailto:antidiskriminierungsstelle@regensburg.de)

<https://www.regensburg.de/bfc>



**GIB DISKRIMINIERUNG  
*keine* CHANCE!** STADT REGENSBURG

Seite 18